Wie der Bund Freier evangelischer Gemeinden in Deutschland die Kirchenpolitik der SED-Diktatur erlebt hat

Zwei Gründe gibt es, die mich zu diesem Thema sprechen lassen. Es sind zugleich die beiden Quellen, auf denen meine Erfahrungen beruhen:

Zunächst bin ich *Zeitzeuge*, so subjektiv dessen Erlebnisse, Eindrücke, Einblicke und Erinnerungen auch sein mögen. Mehr als 30 Jahre war ich Verbindungsmann meiner Freikirchenleitung im Westen zu der unseres Bruderbundes im Osten Deutschlands. Alle zwei Monate etwa nahm ich teil an kirchenleitenden Sitzungen in Berlin (Ost) oder in der DDR. Nach dem Mauerbau 1961 gab es längere Zeit nur Einreiseerlaubnis, wenn man bereit war, an Gesprächen in der Arbeitsgruppe 'Christliche Kreise in der Nationalen Front' auf Bezirksebene teilzunehmen. Dabei waren dominierend die Vertreter der Sozialistischen Einheitspartei (SED) sowie Vertreter der Blockparteien Christlich-Demokratische Union (CDU) und Liberale Partei Deutschlands (LPD), die zuletzt genannten in ihrer politischen Hilfslosigkeit durchweg ergebene Helfer, die sich - wie ich sie erlebte - von der SED benutzen ließen als parlamentarisches Aushängeetikett zugunsten einer zentralistischen Alleinherrschaft. Mir vermittelten diese Begegnungen wichtige Einsichten, die ich bei der praktischen Arbeit zu berücksichtigen hatte. Außerdem mußte ich umdenken lernen ins fremde, ideologie-beherrschte System. Das war mühsame, aber unverzichtbare Voraussetzung, um wirksam vom Westen aus helfen zu können, und das nicht nur materiell.

Dann war ich seit 1990 *Aktenleser*. Dabei richtete ich mich nach dem Behördenaufbau, der mit Weisungen nach unten funktionierte. Für den Kirchenbereich war die Spitze der Kirchenreferent im Zentralkomitee (ZK) der SED, darunter das Ministerium des Inneren (MdI) mit seinen Hauptabteilungen Rechtsfragen und Erlaubniswesen der Schutzpolizei sowie das Justizministerium (JM). In das MdI eingegliedert war die besonders wichtige Dienststelle 'Staatssekretär für Kirchenfragen' (SfK)¹. Sie war der ausgestreckte Arm des Staates, mit dem sich dieser die Kirchen vom Hals zu halten mußte. Deshalb war sie ohne Entscheidungskompetenz, aber unter ihren 70 Mitarbeitern durchaus mit Fachleuten besetzt, wozu auch fünf bis sechs Offiziere des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) gehörten. Der SfK handelte im Vollzug seines Kontakt-Auftrages zu den Kirchen nach dem bewährten römischen Grundsatz 'divide et impera'. Sogar die kleineren Kirchen nahm

---

1 Vgl. zur Tätigkeit dieser Behörde im Staatsapparat den Bericht von Mathias Hartmann am 17.4.1992 in der Sendereihe 'Hintergrund Politik', 18.40-19.00 Uhr, im Deutschlandfunk (DLF), Raderberggürtel 40, 50968 Köln. Die Staatssekretäre für Kirchenfragen waren Werner Eggerath, ab 1960 Hans Seigewasser, ab 1979 Klaus Gysi und seit 1988 Kurt Löffler.

man sich in der Regel einzeln vor. Waren gelegentlich mehrere Kirchen gleichzeitig vorgeladen, dann erschöpfte sich das Zusammensein im wesentlichen in einer Kundgebung des Staates darüber, was er von den Kirchen erwartete, sowie in Information über den je aktuellen Stand der Kirchenpolitik. Unter dem SfK gab es bei den Bezirken, Kreisen und Städten Beauftragte für Kirchenfragen und überall die Polizei, die die Tätigkeit der Kirche vor Ort zu überwachen hatte.

Alle diese Stellen erzeugten Berge von Akten. Die wenigen davon, die ich einsehen konnte, sind in den Anmerkungen genannt.

1. Zu den Grundsätzen der Kirchenpolitik

Nach marxistisch-leninistischer Lehre ist Religion nicht nur »das Opium des Volkes« sondern auch »eine Art geistigen Fusels, in dem die Sklaven des Kapitals ihr Menschenantlitz und ihre Ansprüche auf halbwegs menschenwürdiges Leben ersäufen«². Der Klassenkampf müsse sich deshalb nicht gegen die Christen als Personen richten, sondern »auf die Beseitigung der sozialen Ursachen der Religion«. In der sozialistischen Gesellschaft der DDR war daher bei den »staatstragenden Kräften« die Auffassung verbreitet, daß »dank der Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen«, dem Ziel der Ideologie, »die Religion objektiv ihre gesellschaftliche Grundlage verlieren werde«. Mit dieser Grundeinstellung hielt man die Religion bei Weiterentwicklung der Gesellschaft für ein Auslauf-Relikt aus vergangenen Jahrhunderten, und davon war die Kirchenpolitik der SED bestimmt. Sie entwickelte bis zum endgültigen Aussterben der Religion für die Übergangszeit Verhaltensregeln im Umgang mit den Kirchen in ihrem Herrschaftsbereich.

Die vier wichtigsten Grundsätze waren die Trennung von Kirche und Staat, die Gleichbehandlung aller Kirchen und Religionsgemeinschaften (RG), die Selbstbestimmung der Kirchen in Bezug auf ihre eigenen Angelegenheiten und die Achtung des kirchlichen Eigentums.

Die Erfahrung lehrte, daß von diesen Richtlinien eigentlich nur die Achtung des kirchlichen Eigentums eingehalten wurde. Bei der Autonomie wurde sehr wohl und teilweise massiv auf die Besetzung kirchenleitender Ämter Einfluß zu nehmen versucht. Im Umgang mit den Kirchen wurde deutlich unterschieden nach deren Größe und Bedeutung und Auslandsverbindungen. Am gravierendsten wurde der Satz von der Trennung zwischen Kirche und Staat umgedeutet, entstellt und mißbraucht.

Im überlieferten staatskirchenrechtlichen Sinn bedeutet er: die Eigenständigkeit je von Staat und Kirche, was Aufgabe, Mittel und Ziele betrifft, die Unterschiedlichkeit in Herkunft und Zukunft beider und deshalb ihre Unaus-tauschbarkeit, dann aber auch die gemeinsame Bezogenheit beider auf den

---

2 Wladimir Iljitsch Lenin, 'Über die Religion'. Sammlung ausgewählter Aufsätze und Reden, zusammengestellt vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU 1954. 4. Aufl. Berlin (Ost) 1956, S. 7.

Menschen und sein Wohl wie auf das friedliche Zusammenleben in der durch eine gemeinsame Rechtsordnung verbundene Gesellschaft. Das aber ist etwas völlig Gegensätzliches zu der Realität, in der sich die Kirchen insgesamt im DDR-Staat befunden haben. Hier herrscht Sonderhoheit des totalen Staates über die Kirchen. Er beansprucht Religionshoheit. Das bedeutet: Die Kirche ist eingeschränkt mit dem, was sie tun darf, auf das Innere ihrer Kirchen und Gemeindehäuser oder in die häusliche Privatsphäre verbannt, also mit der Verkündigung des Evangeliums aus der Öffentlichkeit verdrängt. Im Vergleich zu anderen gesellschaftlichen Organisationen haben die Kirchen einen negativ bestimmten Sonderstatus unter Sonderaufsicht des Staates³. Als unerwünschte Minderheit sind sie ausgeschlossen von jeder Mitbeteiligung an der Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse, zum Schweigen verurteilt. Dies 'Modell' für die Kirchen wurde selbst im NS-Staat nicht erreicht; es blieb dem DDR-Staat vorbehalten, es zu entwickeln. - Mit 'Trennung von Kirche und Staat' hat dieser Befund nicht das geringste zu tun. Mit diesem Begriff wurde vielmehr Verneblung, Verdummung und arglistige Täuschung betrieben, ebenso wie mit dem Namen des Staates 'Deutsche Demokratische Republik', so als ob eine totalitäre Diktatur, die die DDR von Anfang an war⁴, jemals demokratisch sein könnte.

Aus mehreren eingehenden Gesprächen mit einem DDR-Funktionär, 'Kaderleiter für West-Reisen', den unser Bund im Westen eingeladen hatte zu Vorträgen mit Diskussionen am Theologischen Seminar, um 'von der Quelle her' informiert zu werden, weiß ich: die marxistisch-leninistische Ideologie beansprucht den ganzen Menschen für ihre Ziele. Abweichler unter den SED-Genossen werden einer Parteizucht unterzogen bis zum Mittel des Ausschlusses. Diese Parteizucht ist bis in die Einzelheiten hinein vergleichbar mit dem, was die Gemeinde der Christen nach den Anweisungen des Neuen Testaments⁵ zu vollziehen hat an Mitgliedern, die trotz Ermahnung an sündhafter Lebensführung festhalten. Diese Tatsache, die im Blick auf die Vergleichbarkeit einer eingehenden Untersuchung wert wäre, hat mich von der Einsicht überzeugt: Zwischen dem Anspruch Gottes auf den ganzen Menschen in der Nachfolge des Jesus Christus und dem Anspruch der Ideologie auf den ganzen Menschen in der Unterwerfung unter die Partei gibt es keine Brücke und keinen Kompromiß, nur ein Entweder - Oder. Letztlich dieser Gegensatz benennt und prägt das Spannungsverhältnis, dem Christen und Kirchen unter der diktatorischen Kirchenpolitik der DDR ausgesetzt waren und bis zuletzt blieben. Bei jeder Beschreibung und Wertung dieser Kirchenpolitik muß das im Blick behalten werden.

---

3 Otto Luchterhandt, Die Rechtsstellung der Religionsgemeinschaften im totalitären Staat. In: ZfEK 24 (1979), S. 111 ff u. 162-170.

4 Vgl. den Abschlußbericht der in Anm. 7 genannten Kommission, vorgelegt am 17.6.1994 dem Deutschen Bundestag zum 41. Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR 1953.

5 Matth. 18, 15-17.

2. Kirchenpolitische Besonderheiten gegenüber den evangelischen Freikirchen

Die Zielsetzung der DDR-Herrschaft galt auch für die nicht volkscirchlich geprägten Religionsgemeinschaften und damit für die Freikirchen:

»Allmähliches Zurückdrängen des religiösen Bewußtseins durch weitere Einbeziehung religiös gebundener Bürger in das gesellschaftliche Leben; alle feindlich-negativen Kräfte unter Kontrolle zu bringen, um zu verhindern, daß die Kirchen ein Hort der Opposition oder sogar selbst zur Opposition werden«⁶.

Zitiert man diese Zielvorgabe aus dem Jahr 1977 heute, so kann man nur sagen: 'Gefahr erkannt, doch nicht gebannt', wenn man an die Vorgänge denkt, die letztlich zur Wende führten und bei denen die Kirchen in der DDR entscheidend, ja ursächlich beteiligt waren als »Ort der Wahrheit« mitten im »Terror der Lüge« und trotz der »Schwächeanfälle«, denen auch kirchliche Mitarbeiter erlagen⁷.

In den Chefetagen des Staatsapparates wußte man gut zu unterscheiden zwischen den Volkskirchen und den Freikirchen. Für die staatliche Einschätzung der einzelnen Freikirchen gab es einen Schlüsselbegriff, den der 'Loyalität'. Was darunter verstanden wurde, liest sich für die »kleinen Religionsgemeinschaften« in den Akten so:

»1. weil sie aufgrund der Übereinstimmung zur Trennung von Staat und Kirche in der Regel kein Bedürfnis haben, ein Mitspracherecht in staatlichen Angelegenheiten zu beanspruchen,

2. weil sie aufgrund der in der Regel konsequenten Trennung des staatsbürgerlich-irdischen Bereichs zum religiösen Bereich keine Vorbehalte haben, staatsbürgerliche Pflichten zu erfüllen und Rechte wahrzunehmen (d.h. Einhaltung der Gesetze und vereinzelt aktive Mitarbeit in Partei- und Massenorganisationen und gesellschaftlichen Gremien),

3. weil der sozialistische Staat diesen Kirchen erstmalig in ihrer geschichtlichen Entwicklung freie Religionsausübung ermöglicht und garantiert und durch verfassungsgerechte Behandlung ihrer Anliegen eine Unabhängigkeit von den 'großen' Kirchen sichert«⁸.

Diese Analyse der kleinen Religionsgemeinschaften verdient es, auf Stichhaltigkeit durch weitere Forschung überprüft zu werden. Sind wir das wirklich: eine Sammlung apolitischer Lebewesen, die ihren Sendungsauftrag in

---

6 Aktenvermerk des SfK, in Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam, Berliner Straße 98-101, angelegt vom Ministerrat der DDR, Amt für Kirchenfragen, Hermann-Matern-Straße 58, Berlin (Ost) - dem Vorläufer des SfK-Abteilungen 'Evangelische Kirchen' - 12-14-10 - Kirchen und Religionsgemeinschaften, Aktenzeichen 12-14-08-00 Bund Freier evangelischer Gemeinden (Name so berichtet), Archivsignatur 0-4-1514, Band 3, 1950-1990.

7 So der Theologe Eberhard Jüngel, Tübingen, am 14.12.1993 in Erfurt bei der öffentlichen Anhörung der Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages (s. Text) 'Aufarbeitung der Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland', zit. nach dem Bericht in 'Woche in Bonn' 1 (1994) vom 19.1.1994, S. 13.

8 In 'Vorlage zur Dienstbesprechung' am 20.2.1975 (Verfasser Dr. Wilke und Frau Janott) in Abtlg. I des SfK vom 17. Febr. 1975, S. 6/7 = Aktenseiten 68-70.

diese Welt einschränkt auf Mission und die sich im übrigen als gefügte Untertanen benehmen? Ist so etwa Röm. 13, 1-7 ff wirklich zu verstehen?⁹ In einer weiteren Quelle wird noch genauer gesagt¹⁰: »Die politische Abstinenz kommt aus pietistischer, stark auf Innerlichkeit gerichteten Frömmigkeit«. Was unsere Freien evangelischen Gemeinden angeht, scheinen mir hier die Genossen gar nicht so falsch zu liegen. Bis heute tun sich die Gemeinden schwer mit der Ausgewogenheit zwischen den beiden biblischen Grundaussagen »Jesus, mein Heiland« und »Herr ist Jesus Christus!«. Sie setzen viel stärker auf die Freude über die Gewißheit des persönlichen Heils und auf die Bereitschaft, diese anderen glaubhaft anzubieten. Dahinter bleibt die Weltbezogenheit der Herrschaft des Christus schon hier und jetzt deutlich zurück. Die politische Dimension des Glaubens, d.h. die politische Mitverantwortung von Gemeindemitgliedern für die gesellschaftlichen Verhältnisse im Land und für das Zusammenleben der Völkergemeinschaft wurde in der Vergangenheit weder theologisch bedacht noch praktisch eingeübt. Deshalb wurden unsere Gemeinden im Osten nach 1945 von der DDR-Diktatur genau so unvorbereitet getroffen wie unsere Gemeinden in ganz Deutschland 1933 von der NS-Diktatur getroffen worden waren. Zeit für theologisches Lernen aus den Erfahrungen mit dem Dritten Reich war im Osten kaum vorhanden. Nach meiner Einsicht liegt hier einer der Gründe für viel Unsicherheit im Verhalten des Bundes und für die Tatsache, daß die Konfrontation mit der Kirchenpolitik im wesentlichen von einigen wenigen Mitgliedern der Bundesleitung ausgetragen werden mußte. Die Gemeinden trugen sie zwar beidend mit, aber so gut wie nicht im praktischen Bereich durch gemeinsamen Rat oder durch Beschlüsse des Bundestages, dem höchsten Organ des Bundes.

In diesem Zusammenhang war es mutig weil untraditionell, daß unser DDR-Bund ein von den Pastoren initiiertes Votum 'Zu Friedensfragen' erarbeitete. Es wurde von allen Gemeinden einmütig verabschiedet, und die Bundesleitung sandte es danach den Staatsorganen zu als einen Beitrag zur Zeitgeschichte¹¹, ein Schritt in die richtige Richtung.

Übrigens scheiterte im Westen ein etwas früher von den freikirchlichen Arbeitsgruppen 'Jugend' und 'Kriegsdienstverweigerer' verfaßtes Doku-

---

9 Vgl. dazu Heinz-Adolf Ritter, Die Mitverantwortung des Christen in Politik und Gesellschaft. In: 'forum' 71/72 (1993), S. 13 u. 35 ff. der Gemeindezeitschrift 'Christsein heute', Witten, und bes. zum längst überholten, aber bei vielen Christen noch vorhandenen Obrigkeit- und Untertanen-Verständnis: Ulrich Wilkens, Der Brief an die Römer (Röm. 12-16). Neukirchen-Vluyn 1982 (EKKVI/3), S. 28 ff, bes. S. 41-43.

10 In Bericht 'Der unterschiedliche Entwicklungsstand der und in den einzelnen kleinen Kirchen und Religionsgemeinschaften in der DDR und daraus abgeleitete Maßnahmen und Schlußfolgerungen für eine differenzierte Führung' in Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (Archiv und Bibliothek), Wilhelm-Pieck-Straße 1, Berlin (Mitte), Bestandssignatur B 2/14, Bd. 173, Berichtseite 3 = Aktenseite 82.

11 Vgl. das 'Arbeitspapier zu Friedensfragen', S. 1-7, in der unter 6 genannten Akte.

ment¹², das als theologischer Denkanstoß in die Gemeinden gedacht war. Es stieß bei einzelnen Freikirchenleitungen auf Ablehnung. Offensichtlich erzwang der politische Druck im Osten in dieser Frage die unterschiedliche Verhaltensweise unserer Bünde. Bedeutsam war für mich vor allem, daß - wenn der Staat gelegentlich von den Kirchen Solidaritätserklärungen erwartete - unser Bundesvorsteher sich immer dann deutlich von solchen Forderungen absetzte, wenn diese gegen sein Gewissen gingen. Was eine derartige Weigerung damals bedeutete, ist heute schwer gedanklich nachzuvollziehen. Kein Wort, das im SfK geredet wurde, ging in der für die Kirchen zuständigen Abteilung XX/4 des MfS verloren, die qualitativ arbeitete¹³. Die Wanzen in den Telefonen unserer Pastoren und andere empfindliche 'Horch- und Guck-Mittel', von denen die Arbeit unseres Bundes umgeben und begleitet war, machten bewußt, daß auch die kleinen Religionsgemeinschaften vom Überwachungsstaat wichtig genommen wurden.

Unter fünf Stichwörtern sollen nun -ausschnitt- und beispielhaft -

3. Erfahrungen aus der Kirchenpolitik der SED gegenüber den »kleinen Religionsgemeinschaften«

wiedergegeben werden, und zwar zur 'Rechtsform der Kirchen', zum 'Verständnis von Gewissen', zum 'Hunger auf Devisen', zur 'Staatlichen Einschätzung des Bundes' und zur 'Zusammenarbeit des Bundes mit anderen kirchlichen Organisationen'.

3.1. Zur Rechtsform der Kirchen

Bereits am 16. September 1950 hatte sich unser Bund im Osten gegenüber dem 'Bund Freier evangelischer Gemeinden in Deutschland KdÖR' organisatorisch verselbständigt¹⁴. Er hatte den Namens-Zusatz »in Deutschland« ersetzt durch »in der DDR«. Das darin liegende 'Bekenntnis' zur

12 Berichtsheft der Vereinigung evangelischer Freikirchen (West), Redaktion H.-A. Ritter, für den Zeitraum 1981-1984. Witten/Ruhr, S. 30 f 'Unser Friedenszeugnis'.

13 Vgl. zum Thema 'Kirche und Stasi' den Beitrag von Ehrhart Neubert, Lockspeise für Pfarrer - Wie die Stasi ihre IM's gewann. am 24.1.1993, und von Ralph Ludwig, Wer mit dem Teufel redet, riecht nach Schwefel. - Die Stasi-Kontakte der Kirche, am 28.2.1993, beide in der Sendereihe 'Glaubenssachen' je 9.05-9.25 Uhr im Norddeutschen Rundfunk (NDR 3), Landesfunkhaus Hannover, Rudolf von Benningsen-Ufer 22, 30169 Hannover sowie 'Unsre Kirchen in Auseinandersetzung mit dem Erbe der Staatsicherheit', Grundgedanken der Beratung durch die Beauftragten der Katholischen Kirche und der Evangelischen Kirchen im Land Sachsen-Anhalt vom 15.4.1992, veröffentlicht im Materialdienst der Ökumenischen Zentrale, Frankfurt, 1992/II Nr. 11 und den Bericht 'Streitfall Stolpe' im NDR 3 - Fernsehen am 19.6.1994, 23.00 Uhr, gedreht nach dem Abschlußbericht des Untersuchungsausschusses des Landtages in Brandenburg, mit Voten von Historikern und Politikern in Ost und West. Ergänzende persönliche Meinung des Verfassers zu Manfred Stolpe: Nach meiner Erkenntnis aus Akteneinsichten war M. St. »Mann der Kirche im Staat«, nicht »Mann des Staates in der Kirche«. - Zur Tätigkeit der Dienststelle des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR vgl. die Zwischenbilanz des Juristen Hansjörg Geiger in 'Neue Zeit', Nr. 170 vom 24.7.1993, S. 27, und das Gespräch der 'Wochenpost', Nr. 9 vom 23.2.1993, S. 30 ff mit Joachim Gauck, dem Behördenleiter und ehem. Pfarrer.

14 Vgl. auch die 'Bundes- und Gemeindeordnung' in ihrer ersten DDR-Fassung in der Quelle 6.

Eigenstaatlichkeit der DDR war im gesamtkirchlichen Bereich -soweit ich sehe - zur damaligen Zeit erstmalig. Es geschah ohne ausdrückliche Zustimmung des Gesamtbundes, aber es wurde verstanden und mitgetragen, zumal es in voller Bereitschaft zur Fortsetzung und Pflege der geistlichen Einheit und Gemeinschaft aller Freien evangelischen Gemeinden in ganz Deutschland sich vollzog und gemeint war ausschließlich als notwendiger Schritt zur eigenständigen Handlungsfähigkeit des Bundes unter den neuen politischen Verhältnissen. Die Verleihung des Status der Körperschaft öffentlichen Rechts an den Bund am 24. Dezember 1952 war darauf die sachgemäße Antwort des Staates¹⁵. Motivierend hat dabei sicher mitgewirkt, daß der 'Bund Freier evangelischer Gemeinden in Thüringen' bereits 1924 von der damaligen Landesregierung diese Rechtsstellung zugesprochen bekommen hatte¹⁶. Auf Grund dieser Rechtslage ging die Trennungspolitik der SED, mit der sie die organisatorische Lösung der DDR-Kirchen aus der EKid erzwang, an unserem Bund vorbei.

Doch im Mai 1976 wurde der verliehene Rechtsstatus einer Körperschaft öffentlichen Rechts für *alle* Kirchen »außer Kraft gesetzt«, wie es in einer Mitteilung des SfK an unseren Bund hieß¹⁷. Damals waren die beiden »Groß«-Kirchen und zwölf kleinere Religionsgemeinschaften betroffen. Da es zu meinen Dienstaufgaben gehörte, auch sog. 'Limex'-Bauten in Sachsen, Thüringen und Berlin (Ost) zu betreuen, begegneten mir massiv die Schwierigkeiten, Baugrundstücke auf den Namen des Bundes ins Grundbuch eingetragen zu bekommen und so das Eigentum für unsere Freikirche zu sichern. Doch alle Versuche, die nun geltende Rechtsform für die Kirchen zu klären, gingen ins Leere. Auch der Rechtsausschuß der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen und die Grundstücks- und Pachtreferenten der Gliedkirchen forschten vergeblich nach Gründen und Klarheit über die Rechtslage¹⁸.

Diese schwer erträgliche Rechtsunsicherheit glich der für die Gemeinden im vergangenen Jahrhundert vor Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches mit Beginn des Jahres 1900. Wie damals waren wir in einzelnen Fällen genötigt, Gemeindehäuser auf den Namen von einzelnen Gemeindegliedern ins Grundbuch eintragen zu lassen mit allen hier nicht darzulegenden Rechtsnachteilen z.B. im Erbgang. Uns blieb nur übrig, durch einen Treuhandvertrag mit den 'Eigentümern' das wirkliche Eigentum des Bundes zu dokumentieren. Beispiele waren die Gemeindehäuser Barth, Radebeul, Hermsdorf und Zossen. Als wir später die Gemeindegebäude in Borna wegen Neubauererschließung und in Gera wegen Stadtsanierung räumen und aufgeben muß-

---

15 Im Archiv des Bundes Freier evangelischer Gemeinden KdöR, Witten/Ruhr, Bundeshaus.

16 Urkunde des Thüringischen Staatsministeriums vom 14.2.1924, veröffentlicht im Amts- und Nachrichtenblatt für Thüringen, Teil I, Nr. 16, vom 23.2.1924, S. 73.

17 Wie Anm. 15.

18 Evangelisches Zentralarchiv in Berlin (West), Bestand 101/2363 und 236.

ten und durch außerstaatliches Entgegenkommen Ersatz fanden, gelang es nach Überwindung großer Schwierigkeiten, diese Grundstücke auf den Namen des Bundes ins Grundbuch zu bekommen. Praktisch bedeutete das die Anerkennung unserer Rechtsfähigkeit als Bund unter Fortdauer der fehlenden Rechtsform, ein rechtsstaatlich undenkbarer Vorgang, der zeigt, wie stark das 'Recht' politischen Nützlichkeitsabwägungen unterworfen war.

Was sich hinter den Staatskulissen tatsächlich abgespielt hat, mußte bei der Akteneinsicht mühsam zusammengetragen werden. Es läßt sich so zusammenfassen:

Nach dem Rechtsverständnis der DDR ist der Begriff der öffentlich-rechtlichen Körperschaft schon deshalb »fragwürdig, unwirtschaftlich und sinnlos«, weil es keine Unterscheidung zwischen öffentlichem und privatem Recht gibt. Dies Relikt aus der Weimarer Reichsverfassung vom 11. August 1919 war den Ideologen schon lange ein Ärgernis. Die Vorbereitung des neuen ZGB zum 1. Januar 1975 und der Ersatz der bisherigen »VO zur Registrierung von Vereinigungen« vom 9. November 1967 durch die »VO zur Bildung und Tätigkeit von Vereinigungen« waren der äußere Anlaß, den Rechtsstatus der Kirchen durch die sozialistische Mühle zu drehen. Dazu erstattete die Abteilungsleiterin im SfK Frau Dr. Fitzner ein gründlich durchdachtes Votum vom 8.6./24.8.1973¹⁹. Darin wird der juristischen Klarheit wegen vorgeschlagen, in einer neuen Rechtsnorm die Existenz bestehender Kirchen und Religionsgemeinschaften anzuerkennen, festzustellen, daß sie Rechtspersönlichkeit besitzen, also juristische Personen sind, und anzuordnen, daß neue Kirchen und Religionsgemeinschaften vorherige staatliche Anerkennung beantragen müssen. Als Begründung für diesen Vorschlag an das Ministerium des Inneren und der Justiz wie an die letztlich zuständige Abteilung für Staats- und Rechtsfragen des ZK der SED wird dargelegt, daß Kirchen und Religionsgemeinschaften in ihrer verfassungsrechtlichen Stellung keine »gesellschaftlichen Organe«²⁰ sind, weil sie keinerlei Recht haben auf entscheidende Mitgestaltung der sozialistischen Gesellschaft. In ihrer künftigen rechtlichen Behandlung dürften sie keinerlei Aufwertung erfahren, denn die Zeit des Staatskirchentums und des partnerschaftlichen Verhältnisses zwischen Kirche und Staat im bürgerlichen Kapitalismus sei endgültig vorbei. Auch Mitverantwortung in öffentlichen Belangen käme ihnen nicht zu. Andererseits sei es nicht zu empfehlen, die

---

19 Vgl. den vollen Wortlaut der Information des SfK 'Zum Problem der rechtlichen Regelung der Anerkennung bzw. der Rechtsstellung der Kirchen und Religionsgemeinschaften' vom 8.6.1973, Quelle in Anm. 10, Aktensignatur IV B 2/14, Bd. 11, Berichtsseiten 1-5 = Archivseiten 52-56, und vom 24.8.1973, Berichtsseiten 1-5 = Archivseiten 61-65, vorbereitet durch die Vorlagen vom 19.3.1970 und vom 16.4.1969, S. 1-7 u. 1-10, Bestandssignatur IV A2/14/10 Bdd. 2.

20 So auch das Urteil des (Ost) Berliner Verwaltungsgerichts -23-B-270/74 veröffentlicht in: 'Spruchpraxis des Staatlichen Verwaltungsgerichts' 5, S. 178 ff, Staatsverlag der DDR, Berlin 1976; »Kirchen und andere Religionsgemeinschaften sind keine staatlichen Organe [...]«.

Kirchen ausdrücklich in die VVO aufzunehmen, denn dadurch würden diese sich auf »Vereinsniveau« herabgesetzt fühlen können; das wiederum könne sich als Imageverlust der DDR im westlichen Ausland widerspiegeln, was man nicht provozieren solle.

Soweit diese ausgewogene Stellungnahme, die allerdings vermissen läßt, wie denn dieser 'Rest'-Status für die Kirchen zu formulieren sei. Der Rechtsstatus der Kirchen war offensichtlich für den Staat wie für die Kirchen 'heißes Eisen'. Das könnte erklären, warum der Staat die Frage unentschieden ließ und die Kirchen gegen die 'Aussetzung' ihrer Rechtsform nicht stärker formaljuristisch protestierten. Das einschlägige Schrifttum resümiert deshalb: »Die Kirchen sehen diesen (öffentlich-rechtlichen) Status weiterhin als bestehend an, wenn auch in modifizierter und besonderer Weise« und »In Fortsetzung ihrer früheren Eigenschaft als KdöR sind die Kirchen behördenmäßig geordnet«²¹. Der Staat achtete die Rechtsstellung der Kirchen gemäß der »VO über die Gründung und Tätigkeit von Vereinigungen« vom 6.11.1975 (GBl. I Nr. 44, S. 237). Er bestätigte einer Freikirche auf deren wiederholtes Drängen am 9.1.1986 durch den SfK ausdrücklich, eine »vom staatlichen Organ erfaßte Religionsgemeinschaft« zu sein, »juristische Person und somit rechtsfähig«²². Doch eine klare Rechtsgrundlage für diese »Feststellung« gab es nicht²³.

Dahinter steckte offensichtlich die politische Absicht, sich lieber Handlungsmöglichkeiten offenzuhalten, als den Kirchen durch Gesetze oder Verordnungen bindende Beschränkungen aufzuerlegen²⁴. Jeder Aussage der SED zum Verhältnis Staat und Kirche fehlte deshalb die rechtliche Verbindlichkeit. Man wollte flexibel bleiben, um auf veränderte Verhältnisse jederzeit dynamisch reagieren zu können, ohne sich schriftliche Fixierungen entgegenhalten lassen zu müssen.

»Die möglichst genaue Bestimmung des nächsten Zielschritts mit klarem Blick für das tatsächlich Mögliche und das den Kirchen Zumutbare hatte deutlichen Vorrang vor der Schaffung eines möglichst perfekten Systems von Rechtsvorschriften zur Begrenzung des kirchlichen Lebens. Es erwies sich zudem als günstig im Sinne des integrativen kirchenpolitischen Konzepts der SED, keine gesonderten, speziell für Kirchen und Religionsgemeinschaften geschaffenen Rechtsnormen zu setzen, also keine 'lex ecclesiae' auszuprägen, sondern Gesetzgebung und Rechtspraxis so

---

21 Zur Gegenwartsfrage des Staatskirchenrechts. In: Evangelisches Staatslexikon. Bd. 1, 3. neubearb. Aufl. 1987 Stuttgart, unter 'Kirche und Staat', S. 1546 ff, 1678 ff und 'DDR', S. 542, 543 u. 549.

22 Wie Anm. 15.

23 Otto Luchterhand, Die Gegenwartsfrage der EK in der DDR. Eine Einführung. In: Jus Ecclesiasticum 27 (1982), S. IV und in: Rezension von Olaf Lingner. In: ZfEKR 1982, S. 435 sowie zusammenfassend Holger Kremers, Der Rechtsstatus der evangelischen Kirchen in der DDR und die neue Einheit der EKD. In: Jus Ecclesiasticum 46 (1993), S. 59.

24 Thomas Boese, Die Entwicklung des Staatskirchenrechts in der DDR von 1945 bis 1989. Baden-Baden 1994, S. 211.

zu gestalten, daß sie auch auf die Tätigkeit von Kirchen und Religionsgemeinschaften mit entsprechendem Spielraum anwendbar waren²⁵.

Deshalb wurde weder in der Rechtsprechung noch in der Rechtswissenschaft die Rechtsform der Kirchen erörtert²⁶. Diese Politik wurde zwar vom MfS kritisiert, weil das Fehlen verbindlicher, juristischer Interpretationen durch den Staat den Kirchen zu deren Nutzen Spielraum zu Eigeninterpretationen ließ²⁷.

Abschließend dazu noch eine kurze Bemerkung zum Umgang der Staatsorgane mit der vorgenannten VVO. Hier kam es auch für die Freikirchen zu wiederholten örtlichen Eingriffen der Polizei bei kirchlichen Veranstaltungen, die sich als unrechtmäßige Einschränkung der durch die Verfassung garantierten Kirchenautonomie darstellten. Von den Einsprüchen des Kirchenbundes dagegen profitierten auch die Freikirchen. Die VVO wurde modifiziert durch die VAVO v. 25.7.1980 und die darin geforderte »staatliche Anerkennung« - so stellte die vorgenannte Referentin im SfK klar - galt nicht für die »verfaßte Kirche«; und »Innere Mission und Hilfswerk« seien als rechtsfähig anzusehen ohne besondere Anerkennung durch den Staat. »Freie Werke« unter dem Dach der Kirche wie z.B. der »Gnadauer Verband« oder das »Gustav-Adolf Werk« konnten weiterarbeiten, bemühten sich aber vergeblich um schriftliche Bestätigung ihrer Rechtsfähigkeit²⁸.

Um diese Aussage zu 'sichern', wurde auf Veranlassung des Berichtstatters 1994 bei der Juristin und Abteilungsleiterin im SfK, Frau Dr. Schumann-Fitzner, fernmündlich zurückgefragt. Sie erklärte, es habe weder vor noch nach 1976 ein Gesetz gegeben, durch das die öffentlichen Körperschaftsrechte für die Kirchen in der DDR außer Kraft gesetzt worden seien. Ebensowenig habe es eine neue, verändernde Vorschrift gegeben, die die Rechtsstellung der Kirchen ausdrücklich festgelegt habe. »Die Rechtsgrundlage war nicht das Problem der Rechtsabteilung im SfK. Die Kirchen waren juristische Personen und damit basta!«. Diese Antwort bietet in ihrer Klarheit einen überzeugenden Beleg für das Verständnis von 'Recht' im 'real existierenden Sozialismus'.

3.2. Zum Verständnis von Gewissen

Bekanntlich hat in der evangelischen Ethik das Gewissen hohen Stellenwert. Für mich war der Begriff und die Sache, die dahintersteht, ein Testfall für das Menschenverständnis der SED. In der DDR-Verfassung vom 7. Oktober 1949 heißt es: »Jeder Bürger genießt volle Glaubens- und Gewissensfreiheit«

---

25 Horst Dohle, Grundzüge der Kirchenpolitik der SED zwischen 1968 und 1978. Diss. B, Berlin (Ost), S. 186 f.

26 Boese (wie Anm. 24), S. 222.

27 Vgl. Pfarrer, Christen und Katholiken, hg. von Gerhard Besier u. Stephan Wolf. 2. Aufl. Neukirchen-Vluyn 1992, S. 854.

28 So in einem Vermerk des Bundes der evangelischen Kirchen in der DDR (BUK) über ein Gespräch im SfK mit Frau Dr. Schumann-Fitzner am 10.1.1978.

(Art. 41, Satz 1). Auf diese Aussage verpflichteten sich der erste (und einzige) Präsident der DDR Wilhelm Pieck (1876-1960) und der erste Ministerpräsident der DDR Otto Grotewohl (1894-1962). In der späteren Verfassung der DDR vom 6. April 1968 wird zwar erneut die »Gewährleistung der Gewissens- und Glaubensfreiheit« festgeschrieben - und das nach kirchlichen Einsprüchen und 'Bitten' -, Verstöße dagegen werden mit Strafe bedroht (vgl. § 133 StGB v. 12.1.1968). Doch vergleicht man damit den Text des Gelöbnisses, das die sog. Bausoldaten - die Kriegsdienstverweigerer in der DDR nannte man so - ablegen mußten²⁹, wird die Einschränkung der verfassungsrechtlich garantierten Gewissensfreiheit³⁰ offenkundig. Ideologie war eben absoluter Auslegungsgrundsatz für Gesetze und Rechtsprechung, auch wenn der eindeutige Text gesetzlicher Vorschriften darunter zu bloßen Worthülsen zerfiel. Er war das Papier nicht wert, auf dem er gedruckt war.

In einem Gespräch mit Funktionären fragte ich, warum das Stichwort 'Gewissen' fehle in dem seiner Zeit (1961) gerade erschienenen 'Philosophischen Wörterbuch'³¹, dem »ersten auf marxistisch-leninistischer Grundlage«, wie es im Vorwort heißt. Meine Gesprächspartner schwiegen betroffen und waren erkennbar, aber vergeblich um Antwort bemüht an den lästigen westlichen Frager. Auch in dem - viel später - herausgegebenen 'Rechtshandbuch für den Bürger'³² gab es das Stichwort 'Gewissen' nicht. Im Rechtsverständnis der DDR hatte Begriff wie Sache deshalb keinen Platz³³, weil letztlich nicht das Individuum zählte, sondern das Kollektiv, in dem der einzelne unterging und der Mensch verstaatlicht wurde.

Wir erlebten das ganz praktisch. Ein Gemeindeglied, von der Nationalen Volksarmee gemustert und für tauglich befunden, wurde im Alter von 29 Jahren überraschend zu einer viermonatigen Militär-Übung einberufen. Er war inzwischen aus innerer Überzeugung Kriegsdienstverweigerer geworden und weigerte sich dementsprechend, dem Einberufungsbefehl zu folgen. Er wurde in Beugehaft genommen, um seinen Widerstand zu brechen. Nur nach erheblichen Schwierigkeiten bekam einer unserer Pastoren Besuchserlaubnis im Gefängnis. Unsere Bundesleitung wandte sich mit einem eingehenden Schriftsatz an das Ministerium des Innern mit Kopie an den Präsidenten der Volkskammer. In unserem Widerspruch gegen die Haft legten wir eingehend

---

29 Vgl. das 'Gelöbnis der Angehörigen der Baueinheiten' von 1964, in dem sich der Bausoldat auf das Feinbild des sozialistischen Lagers verpflichten mußte; Wortlaut in Hans-Gerhard Koch, Staat und Kirche in der DDR. Zur Entwicklung ihrer Beziehungen 1945-1974. Darstellung, Quellen, Übersichten. Stuttgart 1975, S. 237 f.

30 Übrigens bedeutet 'Gewissensfreiheit' nach Lenin: »Befreiung des Menschen aus den Ketten, die ihn an die Religion binden«, zit. nach Giovanni Barberini, Kirchen im Sozialismus. Kirche und Staat in den osteuropäischen sozialistischen Republiken. Frankfurt/M. 1977, S. 25.

31 VEB Bibliographisches Institut Leipzig, o.J.

32 Staatsverlag der DDR, Berlin 1986.

33 Die in Halle/Saale veröffentlichte protestantische Monatsschrift 'Glaube und Gewissen' mußte auf staatliche Anordnung 1972 ihr Erscheinen einstellen.

dar, was evangelische Christen unter Gewissen verstehen und daß dazu auch gehöre, daß es sich jederzeit zu Wort melden kann, an keinen Zeitpunkt gebunden ist und dann unbedingten Gehorsam fordert, wenn der einzelne nicht an seinem inneren Widerspruch zerbrechen würde, sondern »in eins mit sich selbst« bleiben wolle. Die Reaktion darauf - übermittelt wie immer telefonisch, nie schriftlich durch das SfK -, war in doppelter Hinsicht beachtlich: Zum einen wurden wir darauf verwiesen, unsere jungen Männer zu veranlassen, sich frühzeitig zu entscheiden, wenn sie Bausoldaten werden wollten; nach der Musterung sei für eine solche Entscheidung kein Raum mehr. Zum andern wurde der junge Mann nach einer Strafverbüßung von sechs Monaten Haft nach dem strafrechtlichen Grundsatz »ne bis in idem«³⁴ nicht mehr neu einberufen, worum wir ausdrücklich in unserer Eingabe gebeten hatten.

Offensichtlich wollte man in der Kirchenpolitik keine christlichen Märtyrer machen. Das war wohl auch Folge aus dem Schock durch die öffentliche Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz in Zeitz am 18. August 1976 und seinem Tod vier Tage danach³⁵. Dies Ereignis hat bei Staat und Kirche - jenseits aller ethischen Rückfragen - tiefe Spuren gezogen und, wenn ich recht sehe, den Staat zu mehr Vorsicht im Umgang mit den Kirchen motiviert und die Kirchen zu mehr Mut beim Umgang mit dem Staat.

3.3 Zum Hunger auf Devisen

Zur Kirchenpolitik der SED gehörte auch, sich durch die Kirchen »im wechselseitigen Interesse« Devisen zu beschaffen³⁶. Für unseren Bund wirkte sich das so aus, daß wir durch die Hauptgeschäftsstelle Stuttgart des Diakonischen Werkes, dem wir als Bund in West und Ost mitgliedmäßig angehörten und ausgezeichnet zusammenarbeiteten, für Bauvorhaben unserer Ortsgemeinden und des Bundes gegen Westmark Ostleistungen einkauften und zwar: Standortgenehmigungen, Baugenehmigungen, Baumaterial und Baukapazität, also Arbeitskräfte am Bau. Das waren die sogenannten Limex-Projekte, zu denen wir zusätzlich noch solche Baustoffe in natura spendeten, die in der DDR-Wirtschaft schwer oder gar nicht zu beschaffen waren und für die wir dann auch Einfuhrgenehmigungen erhielten. Im Vollzug solcher Baupläne machten wir unterschiedliche Erfahrungen:

---

34 Das heißt, nicht zweimal für dieselbe Tat bestraft zu werden.

35 Vgl. zur Rolle der Kirche im 'Fall Brüsewitz' den Bericht über ein Kolloquium dazu in Halle/S. in: 'idea' Nr. 113/93 vom 11.10.1993, S. 6 f; dazu J. Desel, Das Leben des Oskar Brüsewitz. Ein Pfarrerschicksal in der DDR. Berlin (West) 1984.

36 Zwischen 1957 und 1990 wurden nach Angaben von Bischof Heinz-Georg Binder, Bonn, Beauftragter der EKD bei der Bundesregierung, bei einer öffentlichen Anhörung der in Anm. 7 genannten Kommission in Bonn am 21.1.1994 (wie Anm. 7), S. 11 - im Zentralen Hilfsprogramm von Landeskirchen, Einzelspendern und dem Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen ein Gesamtbetrag von 2,1 Milliarden DM transferiert als »Betriebsmittel« für Kirchen, kirchliche Einrichtungen, die Diakonie und für das sogenannte Valutamark-Programm. In diesem Betrag des »offiziellen Weges« sind auch die Spenden der Freikirchen enthalten, soweit solche nicht zusätzlich »inoffiziell« oder in Warenlieferungen geflossen sind.

Positiv: Die bauausführenden Firmen in der DDR setzten alles daran, gute und termingerechte Arbeit zu leisten, was im Blick auf heute kaum noch vorstellbare Schwierigkeiten und den üblichen Arbeitstrott in der Planwirtschaft viel bedeutete. Man setzte sogar bei einer Begegnungsstätte, die wir in Thüringen mit Hilfe aus dem Internationalen Bund FeG in Europa und Übersee bauten, eine Lehrbrigade ein, die lernen konnte, was bei Plattenbauten nicht zu lernen war. Einen peinlichen Beigeschmack hatten die Limex-Projekte. Die eigenen Bauvorhaben der DDR mußten hinter ihnen zurückstehen, also auch soziale Einrichtungen zur Versorgung der Bevölkerung. Auch SED-Bauten waren davon betroffen, was bei den Genossen auf Unverständnis stieß. In einer politischen Diskussion fragte ich einmal, was denn bei Kollision Priorität hätte, die Wirtschaft oder die Ideologie. Die Antwort mit dem Unterton der Entrüstung: die Ideologie selbstverständlich. Vor Ort erlebten also die Genossen das Gegenteil. Der Devisenhunger war einfach so groß, daß ihm die Ideologie geopfert wurde.

Negativ: Das Geld hatte Kraft über Gesetz und Recht in der DDR. In Berlin-Adlershof steht ein Gemeindehaus, das uns der Bruderbund in Schweden 1949 spendete und in dem zugleich die Geschäftsstelle des Ostbundes war. Der Grundstücksnachbar schenkte sein Grundstück der Neupostolischen Kirche, die darauf als Limex-Bau eine große Kirche stellte. Die Behörden erlaubten - gegen unseren Widerspruch und gegen ausdrückliche Bauvorschriften - , auf die Grenze zu bauen, die Geschöbshöhe zu überschreiten und jedes Verhältnis zwischen Grundstücksgröße und Baukörpervolumen außer Acht zu lassen. Dadurch wurde unser vorhandener Baubestand im Wert einschneidend geschädigt. Alle dagegen rechtzeitig eingeleiteten juristischen Maßnahmen unsererseits blieben erfolglos. Der Bedarf an Devisen hatte Vorfahrt, sogar vor dem Bestandschutz kirchlichen Eigentums.

Am schlimmsten erwies sich der Hunger auf Devisen beim sog. 'Häftlingsfreikauf', dem Handel 'Mensch gegen Geld'. Nach eingehender Prüfung und unter Zurückstellung aller grundsätzlichen Bedenken hatte sich die Bundesregierung aus humanitären Gründen dazu durchgerungen, der DDR politische Strafgefangene oder Untersuchungshäftlinge gegen Geldzahlung für jeden einzelnen Fall 'abzukaufen'. Ein solcher 'Menschenhandel' war historisch seit Beendigung des Sklavenhandels bis dahin der NS-Diktatur vorbehalten geblieben, wo Juden von der Vernichtung 'freigekauft' wurden³⁷. Doch mehrere tausend Menschen blieben auf diese Weise vor Haftfortdauer unter den menschenunwürdigen Bedingungen des Polizei-Staates - hier kam u.a. die Justizvollzugsanstalt Bautzen zu trauriger Bekanntheit - verschont und konnten im Westen einen neuen Lebensstart beginnen.

---

37 Vgl. den Dokumentarfilm 'Schindlers Liste'.

Aus unserem Bund gab es kein Gemeindemitglied, das in ein solches Verfahren einbezogen war, wohl aber Personen in deren persönlichem Umfeld.

3.4. Zur Einschätzung unseres Bundes durch den Staat

Diese Einschätzung war eingebettet in die Gesamtbewertung der vorhandenen 39 kleineren Kirchen und Religionsgemeinschaften mit ihren 215.000 Mitgliedern in 2.000 Ortsgemeinden und 1.850 'Geistlichen', unter denen Pastoren und in der Predigt eingesetzte Laien verstanden wurden³⁸. Um den tatsächlichen Einfluß innerhalb der Gesamtgesellschaft einigermaßen zutreffend zu beschreiben, rechnete man staatlicherseits diese Zahlen mindestens auf das Doppelte hoch.

Weiter unterteilte man die Religionsgemeinschaften nach ihrem politischen Profil, ihrer kirchenpolitischen Bedeutung und ihren internationalen Beziehungen in drei Gruppen³⁹:

»Kirchen, die Teile von bedeutenden Weltkirchen sind und entsprechend ihrer ökumenischen Beziehungen international wirksam werden, Kirchen, die ebenfalls Weltkirchen angehören und entsprechende Bedeutung haben, jedoch in internationalen kirchlichen Gremien nur im Rahmen ihrer Kirchen und nicht eigentlich ökumenisch tätig werden, Kirchen, die im wesentlichen auf die DDR begrenzt sind und kaum oder keine internationalen Kontakte pflegen«.

In einer Vorlage aus dem Jahr 1978⁴⁰ wurde unser Bund in die zweite Gruppe eingestuft, in einer etwas späteren, höher anzusiedelnden in die erste⁴¹.

Wohl am wichtigsten für die Einschätzung war der sauber herausgearbeitete Unterschied der Freikirchen zu den Volkskirchen, »in die die Mitglieder hineingeboren werden«⁴².

»Die Freikirchen sind Freiwilligkeitskirchen. In ihnen entsteht Mitgliedschaft erst durch eine freiwillige, persönliche Entscheidung Erwachsener. Das hat zur Folge ein aktives religiöses Leben mit festem Zusammengehörigkeitsgefühl, das sich im wesentlichen auf die Familie gründet. Ihre Geistlichen sind oft Laienprediger, die aus innerer Berufung handeln. Sie sind in ihrem Beruf eng verbunden mit der gesellschaftlichen Entwicklung und der politischen Realität. Sie bringen - wie auch die meisten Gläubigen - hohe Leistungen in der Produktion und gute gesellschaftliche Mitwirkung. Das bedeutet einerseits Achthabe auf sie in der kirchenpoliti-

38 Quelle in Anm. 10, Berichtseite 1 = Aktenseite 80. Vgl. auch die Einzelaufstellung mit Zahlen über Mitglieder, Ortsgemeinden und Predigern in der »Vorlage an die Dienstbesprechung am 19. Juni 1978 des SfK vom 14. Juni 1978 zu Thema 'In der DDR registrierte und tätige kleine Kirchen und Religionsgemeinschaften'«, verf. v. Dr. Wilke u. Frau Janott ebd., Bestandssignatur IV B 2/14, Bd. 169, Berichtsseiten 3/4 = Aktenseiten 91/92.

39 Ebd. Berichtseite 9 f = Aktenseite 88 f.

40 In »Vorlage für die Dienstbesprechung am 27. Juli 1978 des SfK vom 20. Juli 1978 zum Thema 'Langfristige Konzeption der politischen Einflußnahme auf die Kirchen und Religionsgemeinschaften in der DDR, außer der evangelischen und katholischen Kirche'«, verf. v. Dr. Wilke u. Frau Janott, ebd. Aktenseite 105.

41 Quelle (wie Anm. 10), Berichtseite 9 = Aktenseite 88.

42 Quelle (wie Anm. 36), Berichtseite 1 = Aktenseite 94.

schen Arbeit, andererseits sind sie durch ihre Bejahung etwa der Sozialpolitik des Staates stützend in der politischen Arbeit im Vergleich zu den Landeskirchen, zumal sie im Unterschied zu diesen kein 'Wächteramt' über den Staat vertreten. Auch deshalb darf eine 'Einvernahme' der kleinen Kirchen durch den BEK nicht zugelassen werden. Die bedeutsamen dieser kleinen Kirchen sollen verstärkt umworben werden zur Mitarbeit in der CFK [Christliche Friedenskonferenz] und zur gesellschaftlichen Mitverantwortung⁴³.

In diesem Zusammenhang wird unser Bund ausdrücklich als Zielobjekt genannt; er soll zur »aktiven Loyalität« motiviert werden.

Während also die Freikirchen wegen ihrer pietistischen Frömmigkeit und der aus ihr wachsenden intensiven Glaubenspraxis in der Kirchenpolitik der SED teilweise »gute« Noten erhalten, wird nicht übersehen, daß oft »allgemeine humanistische Vorstellungen vorherrschen, die eine Anfälligkeit für bürgerliche Menschenrechtsauffassungen bedingen«⁴⁴. Vermutlich alle Freikirchen haben ihren Widerspruch z.B. gegen die Jugendweihe, den Pflicht-Wehrkunde-Unterricht und die gezielte Benachteiligung junger Christen beim Zugang zum Studium deutlich und immer wieder eingebracht. Dies traf dann auf das staatliche Bemühen, »Glaubensfragen nicht zum Gegenstand politischer Auseinandersetzungen zu machen«⁴⁵, ohne daß sich in der Sache Entscheidendes änderte. Vielmehr gilt selbst für die kleinen Kirchen die Vorgabe der SED:

»Die bestehenden Kontakte der staatlichen Organe zu den Leitungen der Religionsgemeinschaften müssen genutzt werden zur Einflußnahme auf die kadermäßige Besetzung der kirchenleitenden Funktionen, ohne daß der Eindruck einer Einmischung in innerkirchliche Angelegenheiten entstehen kann«⁴⁶.

Innerhalb dieses Umfeldes bewegte sich die Einschätzung unseres Bundes. So ist in Aktenvermerken von 1957 und 1958 über den Bund zu lesen⁴⁷:

»Da sich die Leitung des Bundes gegenüber unserem Staat loyal verhält und um ein gutes Verhältnis zu den staatlichen Organen bemüht ist, sind wir der Meinung, daß dem Antrag [es ging um Transfer einer Geldspende für einen Gemeindehausbau] stattgegeben werden sollte« und »[...] besondere Schwierigkeiten mit dieser Religionsgemeinschaft sind bisher nicht aufgetreten«.

Später - 1978 - heißt es⁴⁸: »Der BFeG hat ein loyales Verhältnis zum Staat und zeigt Bereitschaft zum sozialen Engagement«. Mit dieser Bemerkung war wohl der Einsatz unserer hauptberuflich tätigen Gemeindegewerkschaften auch für die nicht gemeindebezogene Bevölkerung und die Mitarbeit einzelner Gemeindeglieder im kulturellen oder sozialen Bereich gemeint.

---

43 Quelle (wie Anm. 10), Berichtsseite 10 = Aktenseite 89.

44 Ebd. Berichtsseite 7 = Aktenseite 86.

45 Quelle (wie Anm. 36), Berichtsseite 10 = Aktenseite 103.

46 Quelle (wie Anm. 8), Berichtsseite 10 = Aktenseite 74, Ziffer 6.

47 Quelle (wie Anm. 6) - 17.17.04.

48 Ebd. Aktenvermerk vom 20.1.1958 - 17.17.02.

Die Möglichkeiten einer Pressearbeit waren beschränkt auf die Herausgabe der Zeitschrift 'Glaube und Dienst', die der Bund bis zu achtmal jährlich veröffentlichen durfte und die der regelmäßigen und genauen Zensur unterlag. Um ihr Erscheinen nicht zu gefährden, enthielt sich die Redaktion jeder kritischen Äußerung zum Zeitgeschehen. Folgerichtig wird dazu in einer Information des SfK festgestellt: »Die Kirchenzeitungen wirken vor allem emotional und dienen der Erbauung. Zu politischen Problemen werden keine Aussagen gemacht«⁴⁹.

Im totalen Staat war alles eingeteilt und unterteilt, so auch die 'Kirchenleitenden Kräfte', also die Leute je an der Spitze jeder Denomination. Kriterien dafür waren deren politische Grundhaltung und ihr Verhalten. Es gab vier Gruppen⁵⁰:

»Progressive: die Politik des Staates in allen wesentlichen Fragen unterstützende Kräfte;

Loyale: deren Wohlverhalten zum Staat noch wenig politisch motiviert ist;

Schwankende: bei denen einige politische Grundpositionen noch eher ungefestigt sind und die sich demzufolge manchmal von negativen politischen Kräften anstiften lassen;

Kräfte: die ihre ablehnende Haltung auch innerkirchlich nicht verbergen«.

In der Quelle stehen hier Namen mir bekannter Persönlichkeiten hinter jeder Gruppe in Klammern. Ich bin nicht berechtigt, sie hier zu nennen, darf aber feststellen, daß der Vorsteher unseres Bundes unter die zweite Gruppe eingestuft wurde⁵¹.

Unser Bund hätte sich das Verhältnis zum Staat und damit die Gespräche im SfK als echten Meinungs-austausch gewünscht, als Sachgespräch auf partnerschaftlicher Ebene. Tatsächlich wurden sie jedoch kaum je als echter Dialog erlebt. Denn dem Staat ging es darum, durch sie den Kirchen seine Entscheidungen verstehbar zu machen, damit sie den Gemeinden und deren Mitgliedern gegenüber Auskunft geben konnten. Das war Ziel des ZK. Unserm Bund blieb nur die ständige Suche nach dem Weg zwischen Anpassung und Unterwerfung gegenüber den staatlichen Zwängen, um den Gemeinden möglichst viel Freiraum zu verschaffen zur Erfüllung ihres biblischen Auftrages. Während 45 Jahren Diktatur wurden die Gemeinden zahlenmäßig zwar kleiner - wie übrigens alle Kirchen⁵². Doch daß sich innerhalb dieser Zeit

---

49 Nr. 19/1975 vom 15.8.1975, Quelle (wie Anm. 34), Berichtsseite 9. Danach betrug die Gesamtauflage lizenziierter Periodika aus fünf Religionsgemeinschaften (neben unserem Bund die methodistische 'Friedensglocke', vierzehntäglich, das baptistische 'Wort und Werk', monatlich, sowie zwei weitere Denominationen) zusammen 34.150 Exemplare, wie die Anlage zur Akte »Standpunkt zum Material Religionsgemeinschaften«, Aktenseite 131, ausweist.

50 Quelle (wie Anm. 10), Berichtsseiten 12 f = Aktenseiten 91 f.

51 Quelle ebd. vgl. dazu auch die persönliche Stellungnahme des Bundesvorstehers Johannes Schmidt im Interview 'Freie evangelische Gemeinden 'im Sozialismus' - Blick zurück im Zorn?' In: Der Gärtner, Zeitschrift des Bundes Freier evangelischer Gemeinden. Witten/Ruhr 1992, S. 232.

52 Vgl. die Zahlenschau des Bundes in der DDR zwischen 1952 und 1989 im Sonderdruck 'Zeittafel' des DDR-Bundes, von H.-A. Ritter. Witten/Ruhr 1992 und die letztveröffent-

immer wieder junge Männer und Frauen zum Pastorendienst und zu diakonischen Aufgaben vollzeitlich rufen und ausbilden ließen und sich im Vollzug ihres Glaubens als treu erwiesen, und daß sich Menschen in die Nachfolge des Jesus Christus führen ließen und zur Gemeinde der Glaubenden »hinzugetan wurden«, wie die Bibel sagt, das erlebten wir im Bund als Zeichen der Ermutigung: Kraft von Gott wurde durch unsere Schwachheit wirksam.

3.5. Zur Zusammenarbeit des Bundes mit anderen kirchlichen Organisationen

Vom grundsätzlichen Verständnis des biblischen Glaubens gemäß der Bibel her hat der Bund in West wie Ost mit innerer Überzeugung in der *Evangelischen Allianz* mitgearbeitet. Bei der traditionsreichen Blankenburger Konferenz war fast immer mindestens ein Referent aus der Freien evangelischen Pastorenschaft dabei. Mitglieder der Bundesleitung gehörten ständig zum Vorstand dieses 1846 gegründeten Verbandes von bewußten Christen aus Kirchen, Freikirchen und Gemeinschaften.

Für die SED bestand »Klärungsbedarf, welche Rolle im Annäherungsprozeß an die großen Kirchen die DEA spielte. Falls erforderlich, waren konkrete Gegenmaßnahmen zu ergreifen«⁵³.

Vom Verständnis der am Neuen Testament ausgerichteten Gemeindeform her gehörte der deutsche Bund 1926 zu den Gründungsmitgliedern der *Vereinigung Evangelischer Freikirchen in Deutschland (VEF)*. Sie formierte sich selbständig in der DDR. Als Mitglied im Präsidium der VEF (West) nahm ich teil an den jährlich geführten Gesprächen mit dem Präsidium Ost. Dieser Informationsaustausch war beiderseits hilfreich, ebenso die gemeinsame Tätigkeit in den nach Sachgebieten gegliederten Arbeitsgruppen der VEF. Nach meinem Eindruck herrschte jedoch auch hier das Damoklesschwert des politischen Systems. Dies war auf gesteuerten und kontrollierbaren Kollektivismus aus und wußte gemeinsames Handeln kritischer Gruppen in der Gesellschaft zu verhindern. Deshalb kamen im Präsidium der VEF (Ost) echte Absprachen und gemeinsames Handeln der Freikirchen kaum zustande. Vielmehr suchte jede Freikirche vorwiegend den eigenen, mit dem Westen eng verbundenen Weg. So wurde die VEF (Ost) als freikirchliche Handlungsplattform nur sehr begrenzt genutzt.

Andrerseits kamen von hier auch keine »Ergebenheitserklärungen« an den Staat. So votiert die Partei dazu: »Das Präsidium der VEF blieb mit sei-

---

lichte Konfessionsstatistik der DDR zwischen 1949 und 1989 zum 40. Jahrestag der DDR in der 'Berliner Zeitung' am 4.9.1989, wiedergegeben bei Peter Maser, Kirchen und Religionsgemeinschaften in der DDR. Ein Rückblick auf vierzig Jahre in Daten, Fakten und Meinungen. Konstanz 1992, S. 176 f.

53 Quelle (wie Anm. 10), Berichtseite 16 = Aktenseite 95.

ner Erklärung in deren politischen Aussage hinter der anderer Gemeinschaften zurück«⁵⁴.

Da sich unser Bund keine eigene Ausbildungsstätte für den theologischen Nachwuchs in der DDR leisten konnte, boten der Bund evangelisch-freikirchlicher Gemeinden (Baptisten) und die Evangelisch-methodistische Kirche ihre Theologischen Seminare auch für unsere Studenten an. Die Bundesleitung entschloß sich wegen der größeren Gemeinsamkeit im Gemeinde- und im Amtsverständnis für das Baptistenseminar in Buckow. Wir sind dankbar, daß bis 1989 hier unsere Pastoren gründliche Ausbildung und praktische Anleitung für die Arbeit in der Gemeinde vermittelt bekamen.

In vielen praktischen Fragen leistete uns das *Diakonische Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland* mit seiner *Berliner Stelle-West* in Kooperation mit seinem Partner in der *Schönhauser Allee-Ost* wertvolle Hilfe. Ob Bauantrag oder Materialbeschaffung, Einfuhrerlaubnis oder theologischer Literaturtransfer - hier schaffte man Lücken in die Mauer. Den engagierten Mitarbeitern diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs gebührt dafür noch heute Dank.

In der *Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen* in der DDR (AGcK) war unser Bund volles Mitglied, während der Bund im Westen Gastmitglied war. Da alle Kirchen und Religionsgemeinschaften in der DDR zur AGcK gehörten, war der Austausch dort umfassend und hilfreich für die je eigene Lage, zumal das Informationsbedürfnis bei der abgeschotteten Kommunikationspolitik stets groß war. Als gemeinsame Basis für Aktivitäten gegenüber dem Staat hat sich die AGcK nicht durchsetzen können. Aus ganz anderen Gründen gilt das übrigens auch für die ACK (West) und heute in Deutschland. Hier haben die EKD und die Katholische Kirche je einen eigenen Vertreter bei der Bundesregierung und diese lassen sich in ihre originäre Zuständigkeit von anderen kirchlichen Organisationen nicht hineinreden.

Die AGcK war in dem staatlichen Verdacht, »die kleinen Kirchen an die Konzeption der Landeskirchen heranzuführen und ihre politischen Aussagen zu kanalisieren«⁵⁵.

Eine besonders wichtige Rolle für unseren Bund in der DDR hatte der *Internationale Bund Freier evangelischer Gemeinden* mit Sitz in Stockholm und sechzehn Mitgliedbünden in vierzehn Ländern in West- und Osteuropa und in Übersee. 1970 wurde unser Bund - mit nachträglicher staatlicher Genehmigung - ordentliches Mitglied. Das wertete den Bund in den Augen der Machthaber auf, weil diese für sich selbst auf 'Weltgeltung' abzielten. Für un-

54 Quelle (wie Anm. 8), Anlage 2 Ziffer 2 nach Berichtseite 11 = Aktenseite 77.

55 Vorlage des SfK (Abt. 1) vom 17.2.1976 zur Dienstbesprechung am 20.2.1976 (Verfasser Dr. Wilke u. Frau Janott) mit dem Thema: 'Konzeption zur weiteren Einflußnahme auf die Kirchen und Religionsgemeinschaften in der DDR' mit dem üblichen Vertraulichkeitsgrad 'Nur für den Dienstgebrauch' und dem Verteiler: Staatssekretär, Stellv. HAL, AL I und II, PR Parteisekretär, Quelle (wie Anm. 34), am Schluß: Berichtseite 3 = Aktenseite 67 Zif. 4.1.

sere internationale Gemeinschaft war es ein besonderes, Herzen und Gemüter bewegendes Ereignis, in einem atheistischen Land mitbauen zu können durch Geld- und Sachspenden an einer christlichen Begegnungsstätte, dem 'Grafe-Haus' in Bad Klosterlausnitz/Thüringen, benannt nach dem Gründer der ersten Freien evangelischen Gemeinde in Deutschland 1854 in Wuppertal. Mit großer Aufgeschlossenheit und geistlicher Anteilnahme hörte man bei internationalen Konferenzen in Europa und in USA, was die Vertreter aus der DDR über das Christsein in einer marxistisch-leninistisch geprägten Gesellschaft zu berichten hatten.

Als der norwegische Generalsekretär unseres Internationalen Bundes vom SfK empfangen wurde, hatte er nach dem Gespräch eine »gute Presse«⁵⁶. Sie verhalf zur Erlaubnis, die Vollkonferenz des Internationalen Bundes für 1990 in Eisenach zu planen. Diese wurde dann - mitten im Umbruch - zu einer Lob- und Dankfeier.

Auslandsreisen, möglich geworden durch diese internationalen Beziehungen, blieben im wesentlichen beschränkt auf Mitglieder der Bundesleitung, einige Pastoren und ganz sporadisch auf wenige junge Gemeindeglieder, die in ihren Betrieben dazu positive Voten brauchten. Für solche Reisen wurde der Paß erst oft ein oder zwei Tage vor dem geplanten Antritt ausgehändigt; bis dahin blieb die Ungewißheit über Erlaubnis der Ausreise. Meistens bestand die politische Vorgabe darin, daß ein Belehrungsgespräch vorher und ein Berichtsgespräch nachher durchzustehen war⁵⁷. In keinem Fall wurde in unserem Bund eine Reiseerlaubnis zur 'Republikflucht' genutzt.

4. Versuch einer vorläufigen Bewertung der Kirchenpolitik

Es war gut - entgegen der internationalen Gepflogenheit, eine Frist von dreißig Jahren einzuhalten -, die Akten der DDR nach der friedlichen Revolution ihrer Bürger - der ersten in der deutschen Geschichte - sofort zur Einsicht zu öffnen. Dennoch erscheint es mir problematisch, bereits jetzt, ohne historisch klärenden Zeitabstand, Wertungen zu versuchen. Trotzdem sei mit allem Vorbehalt⁵⁸ der Vorläufigkeit die nachfolgende Zusammenfassung gegeben:

Unser Bund hat den von den Volkskirchen programmierten Grundsatz, »Kirche im Sozialismus«⁵⁹ zu sein, für sich nicht übernommen. Der Staat legte diese These aus als Votum für den Sozialismus, als Solidaritätserklärung für die DDR, sogar als Parteinahme für die SED. Paul Verner meinte: »Das

56 Vgl. die Aktennotiz des SfK über das Gespräch von Klaus Gysi mit Björn Fjeld, dem Generalsekretär des Internationalen Bundes Freier evangelischer Gemeinden, Oslo (Norwegen), am 18. August 1987 in Berlin (Ost), Quelle (wie Anm. 6), S. 1-3.

57 Quelle (wie Anm. 10), Berichtsseite 16 = Aktenseite 95.

58 Zumal Historiker, andere Wissenschaftler und Politiker im Westen infolge der äußerst schwierigen Quellenlage bis 1990 nur sehr begrenzt zu einer sachlich gesicherten Darstellung einer umfassenden Tatsachenlage fähig waren (Schriftenreihe 'Informationen zur politischen Bildung', Bonn 2. Quartal 1991, Nr. 231: Geschichte der DDR, S. 1 u. 50).

59 Vgl. zu Kirche im Sozialismus den Beitrag von Ruprecht Scholz, Gottesdienst im Fadenkreuz. In: Die Welt, Nr. 69 vom 21.3.1992, S. 17 mit weiteren Literaturhinweisen, und Heino Falcke in: Kirchen in der Diktatur. Göttingen 1933, S. 259 ff.

ist praktische Zusammenarbeit, denn weltanschaulicher Gegensatz ist kein Hindernis im Kampf um die gemeinsame Lebenssituation von Marxisten und Christen⁶⁰. Im Gegensatz dazu verstanden die Kirchen - so Bischof Hempel - den Ausspruch »als Ausdruck eines Grundvertrauens auch zu den nichtchristlichen Kräften und als Bereitschaftserklärung der Kirchen zur politischen und gesellschaftlichen Mitarbeit auf der Grundlage der sozialistischen Gegebenheiten in der DDR«⁶¹. Kurz gefaßt: Kritische Solidarität zu Staat und Gesellschaft durch Teilnahme an Beratungs- und Entscheidungsprozessen.

Doch genau dieses wurde allen Kirchen und Religionsgemeinschaften verwehrt. Sie blieben Minderheiten ohne jedes Mitgestaltungsrecht am gesellschaftlichen Leben. Sie waren nur geduldet in der Zange des totalen Staates und eingeklemmt in der Dauerspannung zwischen Konfrontation, Koexistenz und Kooperation. Es war - auch für unseren Bund - eine stets schmale Gratwanderung zwischen Opportunität und Opposition, zwischen Wahrung der kirchlichen Unabhängigkeit und dem Einsatz für den Menschen, zwischen Selbstbehauptung und der Pflicht zur Wahrhaftigkeit, zwischen Vergewisserung durch das Evangelium und Anfechtung, zwischen Mißverständnissen und Mißdeutungen, Verschulden und Vergebung, Widerstand und Ergebung. Und dennoch - so scheint mir - waren Kirchen, Freikirchen und andere Denominationen im deutschlandpolitischen Kontext gesehen, Klammer der Einheit, die uns Deutschen während der beiden gegensätzlichen gesellschaftlichen Systeme zusammenhielt. Sie wirkte sich schließlich aus als wesentliche Mitursache für die historisch erste friedliche, unblutige Revolution in der deutschen Geschichte.

Horst Dohle, Büroleiter des SfK, resümiert zur Kirchenpolitik der SED 1987:

»[...] daß durch sie Konfrontation von Staat und Kirche verhindert und damit ein Beitrag zur politischen Stabilität geleistet wurde, ja über eine Zeit der Distanz hinweg sogar Kooperation hergestellt werden konnte«⁶².

Im Frühjahr 1989 stellte er fest:

»[...] daß Gespräche offensiv und geduldig, prinzipiell und in der Überzeugung von der beiderseitigen Lernfähigkeit geführt werden müßten und daß solche Gespräche unvermeidlich zum Erkenntnisweg der SED wie der Kirchen gehörten. Dennoch sei ein widerspruchsfreies Verhältnis von Staat und Kirche nicht zu erwarten«⁶³.

---

60 Zit. Quelle (wie Anm. 21), unter dem Stichwort 'DDR', S. 542 f.

61 Wie Anm. 53.

62 In: Das Gespräch vom 6. Mai 1978, veröf. in: Beiträge zur Geschichte der Kirchenpolitik der SED - Auszüge aus Materialien eines wissenschaftlichen Kolloquiums des Institutes für Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED am 4.7.1986, Heft 1, S. 79 ff.

63 Ebd. Heft 2, Kolloquium am 14.4.1989. In: Grundzüge der Kirchenpolitik der SED zwischen 1968 und 1978, S. 23 u. 29.

In der SED lernte man langsam auch besser zu differenzieren. Man erkannte z.B.,

»daß sich mehr Menschen als unreligiös bezeichnen, als die Zahl derjenigen beträgt, die sich zum Atheismus bekennen« und weiter, »daß die ganz überwiegende Mehrheit der Weltbevölkerung religiös ist [...] und die DDR der einzige sozialistische Staat mit einer Majorität protestantischer Kirchen und Gläubigen«⁶⁴.

Daraus wurde der Schluß gezogen:

»Das Christentum können wir dabei [d.h. bei einer Bündnispolitik] als Bündnispartner nicht auslassen, so wenig es aus der europäischen Geschichte ausgeklammert werden kann. [...] Es geht hier um eine aktuelle, tiefgreifende, weltanschauliche Auseinandersetzung, die wir führen müssen«⁶⁵.

Schließlich resümiert der genannte Horst Dohle zur Kirchenpolitik der SED in einem 1991 veröffentlichten Beitrag die »Möglichkeiten und verpaßten Gelegenheiten echter Kooperation im Zeichen des Humanum«⁶⁶.

Bei der Bewertung der Kirchenpolitik der SED⁶⁷ scheinen mir drei Faktoren besonders wichtig zu sein, die beachtet werden müssen:

1. Es muß sorgsam unterschieden werden zwischen dem, was Absicht war, und dem, was tatsächlich umgesetzt wurde. Ein Beispiel für die Absicht: Paul Verner sagte:

»Noch weit über das Jahr 2 000 hinaus wird es Christen und Kirchen in der sozialistischen Gesellschaft geben. Deshalb müssen kirchenpolitische Entscheidungen darauf ausgerichtet sein, Vertrauen zu schaffen und zu vertiefen und alles zu unterlassen, was Vertrauen erschüttern kann«⁶⁸.

Doch in der Praxis war oft das Gegenteil dieser Richtungsbestimmung die Wirklichkeit.

2. Die Kirchen - quer durch alle Denominationen - waren weder »Opfer hinterhältiger Kirchenpolitik der SED« noch waren sie »Musterbeispiele für Widerstand gegen den atheistischen Staat«. Wo die Kirchen Kritik übten, ist zu prüfen, ob sie es aus Gründen der Profilpflege, von Nützlichkeits- und Überlebenserwägungen oder aus ernster Sorge um den Menschen taten. Im Grunde gültig dürfte letztlich bleiben, was Werner Krusche, sächsischer Bischof, bereits 1976 auf dem Kirchentag in Halle/Saale zum Zustand der Kir-

64 So Klaus Gysi in einem Diskussionsbeitrag, Quelle (wie in Anm. 59), S. 31.

65 Ebd. S. 32 f.

66 In: Kirchen in der DDR, Berliner Dialog-Hefte 3 (1991), S. 34-49.

67 Vgl. zur Kirchenpolitik der SED in ihren verschiedenen Phasen den Abschnitt 'Staat und Kirche in der DDR', S. 1-38. In: Kirche und Staat in der DDR und in der Bundesrepublik, hg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn-Bad Godesberg 1977, das Kapitel 'Kirche - SED - Staatssicherheit' in: Besier u. Wolf (wie Anm. 27), S. 84-103 sowie den Abschnitt 'Zur Kirchenpolitik in der DDR' mit Beiträgen verschiedener Verfasser. Berlin 1993 (Sonderheft der 'Berliner Dialog-Hefte, hg. v. d. Gesellschaft zur Förderung des christlich-marxistischen Dialogs e.V.).

68 Zit. nach Dohle am 22.3.1978 in einer Auswertung des in Anm. 58 genannten 'Gesprächs', S. 89.

che »unter der Herrschaft der Partei der Arbeiterklasse« bildhaft so beschrieb:

»Uns Christen ist im Haus des Sozialismus das Altenteil zugedacht, vielleicht auch das Sterbezimmer. Das sollten wir nicht tragisch nehmen, sondern in dies uns zugedachte Sterbezimmer die Frischluft der Auferstehung blasen!«⁶⁹

3. Wir Deutschen gewinnen durch 'Abrechnung' mit der DDR unsere Unschuld nicht zurück, die wir in diesem Jahrhundert deutscher Politik verloren haben. Der Umgang mit der eigenen Vergangenheit muß sich heute deutlich unterscheiden von historischer Einäugigkeit, die wir uns in früheren Geschichtsbüchern leisteten und die man sogar im neuen 'Haus der Geschichte' in Bonn antrifft. Der Bezug zur DDR-Geschichte erfordert kritische Sachlichkeit, die frei gehalten wird von parteipolitischer Einfärberei. Auch im kirchlichen Bereich ist Bewährung und Versagen gleichermaßen zu erforschen und darzustellen.

Geschichte kann nicht 'bewältigt' werden. Und man darf sie, damit sich die Fehler in ihr nicht wiederholen, weder vergessen noch verdrängen, weder zwischen- noch endlagern. Sondern: wir müssen uns mühen, sie aufzuarbeiten. Doch dazu muß sie zunächst einmal von möglichst vielen in ihrem ganzen Umfang bewußt zur Kenntnis genommen werden. Vergangenheit will verarbeitet und Geschichte vergegenwärtigt sein, um aus ihr zu lernen und Zukunft zu gewinnen. Dabei soll nichts verklärt und nichts verdunkelt, sondern so sachgerecht vorgegangen werden, wie das bei Darstellung und Beurteilung zurückliegender Sachverhalte und Ereignisse von heute her überhaupt möglich ist.

Wird das bedacht und beachtet, ist Hoffnung da, daß aus Erinnern Veröhnung entsteht und das Leben des einzelnen wie das Zusammenleben in unserer Gesellschaft und als Volk der Deutschen mit anderen Völkern künftig besser gelingt. Zu dieser großen Aufgabe am Ende unseres geschichtsträchtigen Jahrtausends sei diese 'Erinnerung' ein kleiner Beitrag!

Allgemeine Informationen über den 'Bund Freier evangelischer Gemeinden in Deutschland KdöR', Bundesgeschäftsstelle, Goltenkamp 4, 58452 Witten, Telefon 02302 / 399-12 finden sich in:

Ernst Wilhelm Erdlenbruch u. Heinz-Adolf Ritter, Die Freien evangelischen Gemeinden, was wir glauben - wie wir entstanden sind - wie wir arbeiten - wohin gehen wir?, 5. Aufl. Bundes-Verlag, Witten/Ruhr 1990

Gerhard Hörster, Freie evangelische Gemeinden. Allgemeines - Geschichte - Gemeindeverständnis und Gemeindeleben - Zwischenkirchliche Beziehungen - Organisation und Institution. In: TRE XI (1983), S. 493-497 (mit ausführlichen Literaturangaben)

---

69 Zit. nach Maser (wie Anm. 48), S. 102.